

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heitere Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Reichsmark mit Ziffern, einzelne Nummern 15 Reichspfennige. Gemeinde-Verband-Girokonto Nummer 8. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 1. Postcheckkonto Dresden 12 548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Bezugspreis: Bis 43 Millimeter breite Zeitzeile 20 Reichspfennige. Eingesandte und Reklame 30 Reichspfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Gelle Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 278

Dienstag, am 30. November 1926

92. Jahrgang

Örtliches und Sachsisches

Dippoldiswalde. Wie uns bekannt wird, ist der Vorverkauf der Karten für das Lustspiel „Die deutschen Kleinstädter“ sehr lebhaft. Wer beabsichtigt, die Aufführung zu besuchen, tut gut daran, baldigst den Vorverkauf aufzusuchen, um sich noch einen Platz zu sichern. Vorläufig ist offiziell noch nicht bekannt, ob sich die Gesellschaft „Erholung“ zu einer zweiten Aufführung entschließen wird.

In der Nacht zum Montag wurde der Kutscher Al. von hier, bei W. in Stellung, auf der Staatsstraße zwischen Gasthof Bierkraut und Reichstädt von einem aus Rittergut Bierkraut bedienten Schweizer überfallen, als Al. ein Mädchen nach Reichstädt begleitete. Dem Überfall war ein Stoß vorausgegangen. Al. erhielt einen schweren Schlag ins Gesicht, daß ihm die untere Kinnhälfte zerschlagen wurde; er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Obstausstellung. Die landwirtschaftliche Abteilung der Handelschule zu Dippoldiswalde hat in den Räumen der Schule 3. St. etwa 50 Obstsorten ausgestellt. Es handelt sich durchweg um Obstsorten aus dem hiesigen Bezirk, die in dankenswerter Weise von dem erfahrenen Obstkenner, Oberlehrer Günther aus Holzhofshain, zusammenge stellt worden sind. Durch diese Ausstellung soll in erster Linie den Schülern der landwirtschaftlichen Abteilung Gelegenheit gegeben werden, sich in der Sortenkunde einzubilden, aber auch andere Interessenten, die ihre Kenntnisse in der Sortenkunde erweitern wollen, können die Ausstellung im Laufe dieser oder der nächsten Woche besichtigen.

Zur Unterstützung von wenig bemittelten Volksschulen hat die Gesellschaft für Volksbildung (Berlin W. 40), Lüneburger Straße 21, neben ihren sonstigen Bücherei-Einrichtungen (Wanderbüchereien, Altersstiftung, gemeinnütziger Buchvertrieb) die bereits vor dem Kriege ins Leben gerufenen Büchereien wieder eingerichtet. Die Gesellschaft gibt unter der Bezeichnung Eigenbüchereien kleinere und größere Büchereibünde, auch ganze Büchereien, ab, die durch Beiträge im Laufe von 2 bis 4 Jahren abzutragen sind. Die Wahl der Bücher wird den Büchereien überlassen, und es werden geeignete Verzeichnisse hierfür zur Verfügung gestellt, so daß jede einzige Beeinflussung bei den Büchereien ausgeschlossen ist. Viele hunderte von Büchereien sind auf diesem Wege in der letzten Zeit auf einmal mit einem Büchereibunde vorgenommen worden, der sonst nur in größeren Hertzräumen erworben werden konnte. Die starke Inanspruchnahme der Einrichtung läßt erkennen, daß am Wiederaufbau des volkstümlichen Büchereiwesens zur Zeit überall kräftig gearbeitet wird. Trotz der wirtschaftlichen Notlage wenden besonders viele kleine Gemeinden für ihre Büchereien gegenwärtig mehr Mittel an, als vor dem Kriege. Die Gesellschaft für Volksbildung hat seit Beginn des Jahres 1926 insgesamt 139 493 Bände an Volksschulen abgegeben.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen hat auf dem ehemaligen Rittergut Burkendorf in Ostfachsen ein Invalidenheim eingerichtet, das mit seinen Aufnahmen eben begonnen hat. Aufgenommen werden Invalidenrentenempfänger, die bereit sind, ihre Rentengebühren und ihre sonstigen Bezüge zur teilweisen Deckung der entstehenden Verpflegungskosten abzutreten. Dafür gewährt die Landesversicherungsanstalt freie Wohnung und Unterhalt und zur Besteitung von persönlichen Bedürfnissen ein monatliches Taschengeld. Die Aufgenommenen können, soweit es ihr Zustand erlaubt, zu leichter Handarbeit in Küche und Haus oder zugunsten anderer Pflegeleute von der Heimleitung herangezogen werden. Eine große Zahl von Invaliden hat bereits um Aufnahme nachgefragt. Die Bewerber wenden sich am besten an die Wohlfahrtsamt, das dann die Aufnahme beantragt.

Der Bericht über die letzte Jahresversammlung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen liegt jetzt in einem stattlichen Bande vor. Eine Fülle von Anregungen für die Weiterentwicklung der Krankenversicherung ist in den hier wiedergegebenen Vorträgen enthalten. Nach dem Geschäftsbericht erörterte der Vortrag des Ministerialdirektors Orlitzky (Reichsarbeitsministerium) die internationale Sozialversicherung und ihre Triebkräfte; Oberregierungsrat Unger berichtet über Gesundheitsfürsorge durch Arbeitsgemeinschaften der Versicherungsträger; Prof. Klein-Jena über das Naturheilverfahren; Direktor Köhn-Berlin über das Frühbehandlungsverfahren in der Unfallversicherung usw. Der Bericht ist mit diesen Vorträgen ein gutes Spiegelbild der jüngsten Schwierigkeiten in der Krankenversicherung.

Vorfall beim Anheizen der Kachelöfen! Ein recht heimtückischer Geselle kann der Kachelofen sein, wenn er nicht richtig bedient wird. Das mußte dieser Tage eine Geburtstagskunde in einem Hause der Schmelzhüttenstraße in Gera erfahren. Dort explodierte mit lautem Knall der Kachelofen, gleichzeitig das ganze Zimmer in eine dichte Rauchwolke hüllend. Der Luftruck nahm seinen Weg durch den Schornstein nach dem gehetzten Stubenofen des darunter liegenden Raumes und risserte auch in diesem Zimmer Schaden an. Zu frühzeitiges Zuschauen der Abschaffüre hatte zur Folge gehabt, daß der Brennstoff auf dem Roste nur noch verschwelle, da ihm die erforderliche Verbrennungsluft fehlte. Die sich dabei bildenden Rauchgase hatten keinen Auftrieb mehr und sammelten sich in den Dingenräumen und im Schornstein. Vermutlich haben sie sich dann an der auf dem Roste liegenden Kohlenlump entzündet. Die Stichlamme nahm mit großer Gewalt den mit Gas gefüllten Raum ein, bewirkte den Knall und zertrümmerte beide Fenster. Dieser Vorfall diene zur Warnung, die Türen des Aschenraumes der Ofen nicht zu zeitig zu schließen!

Hinterbliebenrente in der Angestelltenversicherung. Das Gesetz vom 28. Juli 1925 hat die Wartezeit für die Hinterbliebenrente in der Angestelltenversicherung vorübergehend gekürzt. Ist ein Antrag auf Hinterbliebenrente nach dem 31. Dezember 1922 wegen Nichterfüllung der bisher längeren Wartezeit rechtskräftig abgewiesen worden, so ist auf Antrag von der Reichsversicherungsanstalt zu prüfen, ob unter Berücksichtigung der verkürzten Wartezeit (60 Beitragssmonate auf Grund der Versicherungspflicht), nunmehr Hinterbliebenrente zu gewähren ist. Der Antrag auf Nachprüfung kann nur bis zum Schlusse des Jahres 1926 gestellt

werden. Die Reichsversicherungsanstalt hat, soweit sie die selnerzeit abgelehnten Anträge ermittelte konnte, die hierauf Berechtigten durch besondere Schreiben auf die Notwendigkeit hingewiesen, den neuen Antrag zu stellen. Da die Frist binnen kurzem abläuft, wird etwa noch vorhandenen Berechtigten empfohlen, unverzüglich den Antrag zu stellen.

Unregelmäßigkeiten im Finanzamt zu Freital bildeten am Montag den Gegenstand eines Strafprozesses vor dem Gemeinsamen Schöffengericht zu Dresden, der sich gegen den Steuersekretär Wilhelm Winkler richtete. Im Finanzamt Freital lagen gegen 6000 Anträge auf Steuerrückvergütungen vor von erwerbslosen Personen, die wohl einen Teil im Jahre gearbeitet, aber über die steuerfreie Grenze nicht hinaus gekommen waren. Nach des Angeklagten Jugestandes will er in etwa 15-20 Einzelnen Beträgen bis zu ungefähr 50, insgesamt gegen 600 Reichsmark erlangt haben. So hatte ein Erwerbsloser 42 M. zurück erhalten. Letzterer bestellte Winkler später nochmals zum Finanzamt, erklärte ihm sei die Dultung weggekommen, er müsse den Betrag erlösen und bat den betreffenden Arbeiter gegen Gewöhnung von 5 Mark als Trinkgeld, sich die Summe nochmals an der Kasse verabfolgen zu lassen, was auch geschehen war. In anderen Fällen ließ Angeklagter solche Steuerrückvergütungen an der Kasse erheben von Personen, die noch lange nicht an der Reihe waren. Dem Antrag des Staatsanwaltes entsprechend erkannte das Gericht auf ein Jahr sechs Monate Juchhaus und 150 Reichsmark Geldstrafe. Letztere und zwei Monate der erkannten Juchhausstrafe gelten durch die erlittene Untersuchungshaft als verdreht.

Schmiedeberg. Sitzung der Gemeinderäteordnung Freitag, den 3. Dezember 1926, abends 7 Uhr in der alten Schule. Tagesordnung: Öffentliche Sitzung; Mitteilungen. — Abrechnung über die Abortanlage am Sportplatz. — Gesuch um Genehmigung zur gewerbsmäßigen Güterförderung. — Gesuch um Bewilligung eines Ausstellungsbereichspreises. — Gesuch um Genehmigung zur Verlegung eines öffentlichen Weges. — Bericht über Prüfung der gemeldlichen Räsen und Rechnungen. — Etwa noch Ein gehendes. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Kreischa. Am Sonntag, den 28. Nov., hielt der hies. Militärvorstand im kleinen Saal des Gasthofs Holmske seine diesjährige Hauptversammlung ab, die einen guten Besuch aufwies. Nach ehrendem Gedächtnis der verstorbenen Kameraden ergriff Dr. Melchner das Wort und bot einen festlichen Vortrag über die Geschichte der Heimat. Er schilderte die Entstehung der Bodenschichten, die Mineraral des Löwitschbaches, Land und Leute der slawischen Sorben, das Lehns- und Feudalsystem der alten Staats einrichtungen, die Heimat im 7-jährigen, 20-jährigen und Be freiungskrieg und kennzeichnete die Entwicklung und Hebung Kreischa. Den Vortragenden spendete man reichen Beifall. Bei den Neuwahlen wurden die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wieder gewählt. Es wurde weiter über die Sterbehälfte des Bundes, über Abänderung der alten Statuten usw. verhandelt. Man beschloß, das 60-jährige Stiftungskett am 4. Februar 1927 feierlich zu begehen und im Frühjahr einen Ehrlabbertwortrag über die Berge deutscher Heimat abzuhalten. Der Militärvorstand Kreischa und Umgegend zählt 3. St. 5 Ehrenmitglieder und 162 Mitglieder. In Anbetracht der großen Verdienste um denselben ernannte die Verammlung Kam.-Vorsteher Richter zum Ehrenvorsitzenden.

Delta. Im Sitzungsbericht des Gemeinderäteordneten-Kollegiums sind folgende Zahlen richtig zu stellen: Der Betrag für produktive Erwerbslosenfürsorge beziffert sich auf 15 000 (nicht 1500 M.), das Darlehen für die Rohrlegung auf 30 000 (nicht 3000 Mark).

Dresden. Der neue Präsident des Sächsischen Landtages, der linkssozialistische Abgeordnete Albert Schwarz, gehörte dem Landtag seit der Revolution an. Er wurde am 25. September 1875 geboren, ist von Beruf Eisendreher und stammt aus Leipzig. Seit 1907 war er Geschäftsführer beim Deutschen Metallarbeiterverband mit dem Wohnsitz in Hohenau, wo er Stadtrat ist. Im ersten Revolutionskabinett der Volksbeauftragten leitete er das Arbeitsministerium, von 1919 an war er in den folgenden Kabinetten Bismarck und Gräfinen Wirtschaftsminister. Im Frühjahr 1921 mußte er zugunsten Tschischts den Ministerposten verlassen. Er ist in der letzten Zeit nicht mehr als besonders radikal hervorgetreten.

Das Organ der Linkssozialisten „Der Volksstaat“ beschäftigt sich erneut mit der Regierungswahl. Das Blatt registriert die Beschimpfungen der linkssozialistischen Presse auf die Mähnung des „Volksstaates“, „man solle nicht gewaltsam die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft aufreihen; man solle nach Möglichkeit die bestehenden Gemeinschaften zwischen den Klassen betonen und herausarbeiten; in der Großen Koalition hätte sich das erreichen lassen“ — und antwortet den Linkssozialisten: „Was soll man dazu sagen? Man kann nur schwelen und entschlossen den Weg weitergehen, den man aus eigener Erfahrung erwählt hat.“

Dresden. Die Fraktion der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) hat gegen die Schriftführerwahl vom 25. November Einspruch erhoben. Sie hält die Wahl der Abg. Lieberach und Mucker zu Schriftführern für ungültig und beantragt die Wiederholung des Wahlganges. In der Begründung des Antrages heißt es: „Nach § 8 im Verbindung mit § 71 ff. der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages hatte die Wahl der zwei Schriftführer in einheitlicher Wahlhandlung stattzufinden. Die Wahl ergab, daß von zwei Stimmzetteln zwei unbeschriebenen waren, während der Abg. Lieberach 80, der Abg. Mucker 53 und der Abg. Grohmann 48 Stimmen erhielt. Da die Wahlen gemäß § 71 Abf. 1 der Geschäftsordnung nach unbedingter Mehrheit erfolgen, war — wie geschehen — festzustellen, daß alle drei Abgeordnete die unbedingte Mehrheit erreicht hatten. Eine Vorschrift, wonach bei dieser Sachlage diejenigen beiden Abgeordneten, die die meisten Stimmen erhalten hatten, als gewählt zu gelten hätten, besteht nicht, ebensoviel besteht eine Bestimmung, daß unter den drei Abgeordneten, die hinsichtlich der Stimmenzahl die Vorschrift der Geschäftsordnung erfüllt hatten („unbedingte Mehrheit“), zwischen den zwei Abgeordneten mit der relativ geringeren Stimmenzahl nun einfache Stimmenmehrheit aus-

schlaggebend ist. Keinesfalls aber durfte ein Präsidium, welches erst in der Bildung begriffen, also vollständig noch gar nicht vorhanden war, eine bindende Feststellung dagegen treffen, daß die Abgeordneten Lieberach und Mucker gewählt seien... Es handelt sich bei dem Schriftführerauswahlung um Verleugnung zwingender Vorschriften der Geschäftsordnung, die unbedingt befolgt werden müssen und deren Nichtbeachtung die Nichtigkeit einer entgegen den bestehenden Vorschriften erfolgten Wahl zur Folge hat. Im Landtag ist ein Antrag der Deutschnationalen eingegangen, die Regierung zu ersuchen, das Kinderzulagegesetz vom 10. Juli 1925 nebst Ausführungsverordnung vom 22. Oktober 1925 sofort aufzuheben. Die Deutsche Demokratische Fraktion beantragt, die Regierung zu erlauben, auf die Reichsregierung zum Zwecke einer baldigen allgemeinen Erhöhung der Beamtenbezüge und des Wohnungsgeldzuschusses einzutreten; mindestens aber den sächsischen Beamten eine sofortige einmalige Entschuldungsbhilfe zu gewähren. Fraktionsvorsitzende und ihre Vertreter: Linkssozialisten: Böbel, Edele und Liebman; Deutschnationale Volkspartei: Hofmann, Dr. Edele und Dr. Siegert; Kommunisten: Ewert und Böttcher; Deutsche Volkspartei: Dr. Blüher, Rölli und Schmidt; Wirtschaftspartei: Kaiser, Grohmann und Ahmann; Demokraten: Dr. Seydel; Nationalsozialisten: Wirth; Aufwertungspartei: Dr. v. Gumetti; Nationalsozialisten: v. Mücke.

Während der Abrucharbeiten des alten Gasometers an der Ecke der Wettiner- und Könneritzstraße in Dresden im Juli löste sich ein größerer Block alten Mauerwerkes, wodurch der Maurer Räster, der eine sechsköpfige Familie zu versorgen hatte, getroffen und dabei so verletzt wurde, daß der Tod kurze Zeit nach erfolgter Einlieferung in das Krankenhaus eintrat. Dieses Unglück unter Außerachtlassung seiner Berufspflichten ver schuldet zu haben, wurde dem Maurerpionier Hartwig zur Last gelegt, der auch von den Arbeitern durch ihren Baubediegerten auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden sein soll. Das Gericht hält eine Fahrlässigkeit unter Außerachtlassung einer Berufspflicht für erwiesen und verurteilte den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung zu drei Monaten Gefängnis, billigte ihm aber eine dreijährige Aufenthaltsstrafe zu. In der Begründung des Urteils kam u. a. zum Ausdruck, daß die Gefahr wohl abzuwenden gewesen sei, wenn der Block abgestellt wurde.

Radeberg. Am Montag morgen gegen 4 Uhr war im Kohlenraum des Gaskoch zum Koch ein Feuer ausgebrochen, das rasch größere Ausdehnung nahm und bald auf das Saalgebäude über sprang. Das Feuer fand in dem alten Gebäck, im Bühnen- und Kellerraum reichliche Nahrung. Die Feuerwehr mußte die stark gefährdete Nachbarschaft vor einem Übergreifen des Brandes retten. Ein Schlauchwagen kam in Anwendung. Gegen 7 Uhr morgens war die Gefahr beseitigt. Ueber die Entstehungs urache war noch nichts Bestimmtes bekannt.

Freiberg. Infolge von Schneeverwehungen entgleiste am Sonnabend vormittag der 8.36 Uhr von Freiberg nach Großhartmannsdorf fahrende Personenzug auf der Strecke zwischen Mitteldorf und Großhartmannsdorf. Die Verkehrsstörung dauerte bis zum Nachmittag.

Ortlima. In der hiesigen Herberge wurde ein Fremder aus Marokko ohne Papiere, der kein Wort Deutsch konnte, aufgegriffen. Befindlich hatte er sich von Trier aus durch Deutschland gefunden und wollte über Dresden, Prag, Rumänien, Russland, Schweden wiederheimwandern.

Limbach. Ein bei einer Firma in der Chemnitzer Straße langjährig Beschäftigter stahl innerhalb der letzten zwei Jahre nach und nach Seide und Garn im Werte von mehreren Tausend Reichsmark. An dem Diebfahl waren Personen von auswärts als Helfer beteiligt, die verhaftet worden sind.

Pausa. Im benachbarten Ramsbach brannten am Freitagabend die Scheunen und Stallungen der Gastrirtschaft von Göller nieder. Das Feuer ist wahrscheinlich auf den 63 Jahre alten Innenraum des Gaskoch zum Koch ein Feuer ausgedehnt, das rasch größere Ausdehnung nahm und bald auf das Saalgebäude über sprang. Das Feuer fand in dem alten Gebäck, im Bühnen- und Kellerraum reichliche Nahrung. Die Feuerwehr mußte die stark gefährdete Nachbarschaft vor einem Übergreifen des Brandes retten. Ein Schlauchwagen kam in Anwendung. Gegen 7 Uhr morgens war die Gefahr beseitigt. Ueber die Entstehungs urache war noch nichts Bestimmtes bekannt.

Meerane. Der hiesige Verein für Luftschiffahrt und Flugsport hat die Anlegung eines Flugplatzes in Aussicht genommen. Diesem Projekt haben die Stadt und die Industrie ihre Unterstützung zugesagt. Nach dem Gutachten eines Chemnitzer Flugsachverständigen kann als geeigneter Platz nur ein ziemlich weit entferntes, an der Hohenstraße gelegenes Gelände in Frage kommen.

Zwickau. Die Jahresrechnung des Bezirksoberbannes der Amtshauptmannschaft Zwickau schließt mit einem Fehlbetrag von 109 715 M. ab, der auf Vorschlag der Amtshauptmannschaft durch Umlage ausgebracht werden sollte. Die bürgerliche Mehrheit lehnt jedoch die Auflösung der Mittel durch Umlage ab. Eine gleich ablehnende Stellung nahm die Mehrheit in der Frage der Rückzahlung der dem Bezirk im Jahre 1924 zur Unterstützung der ausgesperrten Bergarbeiter überwiesenen 200 000 M. ein, von denen bereits, wie aus den Verhandlungen hervorging, 100 000 M. zurückgestellt worden sind. Ein von der SPD-Fraktion eingebrachter Antrag, die von der Regierung geforderte Schuldschreibung über 100 000 M. zu unterzeichnen, lehnte die bürgerliche Mehrheit ab.

Planen. Am Freitag nachmittag war ein 30 Jahre alter Bau unternehmer an der Schillerstraße mit dem Streichen eines Hinterhauses beschäftigt. Infolge des schlüpfrigen Bodens rutschte plötzlich die Leiter, auf der der Mann stand, ab und der Bedauernsstecker stürzte aus etwa 4 Meter Höhe auf Steinplatten. Er hatte einen Schädelbruch und anscheinend auch innere Verletzungen davongetragen.

Löbau. Bei der Untersuchung eines zunächst unaufgeklärten Kaninchendiebstahls ließ sich später einwandfrei feststellen, daß zwei Hunde in blinderlichem Verein das Drahtgitter des zu ebener Erde gelegenen Kaninchentales so lange mit ihren Pfoten bearbeiteten, bis eine Öffnung entstand, aus der sie sich dann die Tiere herausholten.